

Jörn Leonhard**Impulsreferat für die Abschlussdiskussion:****Liberales und Liberalismus nach 1918 – Herausforderungen und Forschungsperspektiven****1. Ausgangspunkt: Liberalismus und Liberale im Ersten Weltkrieg**

Der Erste Weltkrieg bedeutete für Liberale in allen kriegführenden Gesellschaften eine enorme Beschleunigungserfahrung. Der Krieg spitzte in seinem Verlauf durch die Mobilisierung aller möglichen Ressourcen die Kriterien zu, nach denen die Effizienz staatlicher Leistungen gemessen wurde. Aber weil dies immer radikaler nach der Maßgabe der Kriegsrelevanz geschah, konzentrierte sich staatliches Handeln im Verlauf des Krieges immer einseitiger an Loyalitätsbeweisen, Ressourcenmanagement und Kriegsproduktion. Dadurch gerieten überkommene Errungenschaften des Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert immer stärker unter Druck. So waren Liberale im Ersten Weltkrieg in praktisch allen Gesellschaften mit Notstandsregimen im Zeichen des totalisierten Krieges konfrontiert, durch die Bürgerrechte, Parlamente und verfassungsgemäße Verfahren suspendiert wurden. Zur Weltkriegserfahrung gehörte neben einer expandierenden Kriegsstaatlichkeit und dem Eingriff staatlicher Organe in immer mehr und immer privatere Lebensbereiche auch die Entwicklung neuer sozialer Statuszuschreibungen. Gegenüber kriegsrelevanten Industriearbeitern verloren Angestellte und Beamte tendenziell an Gewicht. An die Stelle von wirtschaftlichen Marktmechanismen traten neue Konzepte und Praktiken eines organisierten Kriegskapitalismus mit erheblichen staatlichen Eingriffsrechten. Die Suche nach einem neuen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit führte so zu neuen Konzepten wie der „Gemeinwirtschaft“ in Deutschland oder der „mixed economy“ in Großbritannien.

Zugleich verstärkte der Krieg auf der Seite staatlicher Behörden Machbarkeitsutopien und Planungseuphorien, und nicht zufällig entwickelte sich vor diesem Hintergrund ein neues Ideal von scheinbar politikfernen Experten, die allein der Sachrationalität verpflichtet schienen. So veränderten sich schleichend die Grenzziehungen zwischen dem, was als „politisch“ oder „nicht-politisch“ galt, zwischen der „sozialen“ und der „wirtschaftlichen“ Sphäre, zwischen „privat“ und „öffentlich“. Auch wenn von diesen Entwicklungen tendenziell alle politischen Parteien herausgefordert wurden, waren Liberale doch in besonderer Weise davon betroffen, galten doch viele ihrer überkommenen Überzeugungen

als zunehmend inkompatibel mit den Herausforderungen des Krieges. In vielen Kriegsgesellschaften entstanden zusammen mit der noch einmal gesteigerten Kriegsmobilisierung um 1916/17 dezidiert antiliberale Parteien oder es zeichnete sich eine antiliberale Kritik ab, die bis hin zum Vorwurf des unpatriotischen Defätismus gehen konnte.

Die Kriegsrealität provozierte auf ganz unterschiedlichen Ebenen steigende Erwartungen: Das massenhafte Opfer an den militärischen wie an den Heimatfronten trug erheblich zum Durchbruch der Massendemokratie bei. Auch andere Erwartungen wurden am Ende des Krieges erkennbar, bei denen es um neue Formen der sozialen Teilhabe, der nationalen Autonomie, Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit und einer antikolonialen Stoßrichtung gegen die europäischen Kolonialreiche ging. Aber versucht man alle diese Tendenzen zusammenzufassen, dann greift das Bild der Krise des Liberalismus im Krieg zu kurz: Gerade in den Vereinigten Staaten bewiesen die liberalen „Progressivists“ um den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, dass der Krieg auch Chancen bot, eine spezifisch liberale Agenda durchzusetzen, ob durch eine stärkere wohlfahrtsstaatliche Intervention des Staates oder auf der Basis einer neuen Weltordnung, in der nationale Selbstbestimmung und kollektive Sicherheit zusammengeführt werden sollten.¹

2. 1917-1923: Erwartungen und Erfahrungen im Umbruch

Nicht erst 1917 und im Zeichen von Woodrow Wilson und Wladimir Iljitsch Lenin begann der Krieg sich mit einer Revolution steigender Erwartungen zu verbinden. Die Mobilisierung der Kriegsgesellschaften und die permanente Suche nach neuen Bündnispartnern zwangen alle Akteure zu immer neuen und immer weitergehenden Versprechen. Das reichte von politischen Reformen im Blick auf das Wahlrecht und soziale Teilhabe, etwa durch die Anerkennung der Gewerkschaften, bis zu nationalpolitischen Versprechen, sei es gegenüber Nationen in Ostmittel- und Südosteuropa oder im Mittleren und Nahen Osten. Aber seit Frühjahr und Herbst 1917 markierten Wilson und Lenin noch etwas anderes: Sie repräsentierten eine neue Konkurrenz von Utopien, die im Kern nicht mehr aus den westeuropäischen Gesellschaften stammten. Mochten ihre ideologischen Positionen konträr sein, so verband sich seit 1917 mit ihren Namen ein mögliches Ende des Krieges, ein Frieden ohne

¹ Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, 5. Aufl. München 2014, S. 758-767; Ders., Das Dilemma von Erwartungen und Erfahrungen. Liberale im Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 26 (2014), S. 193-215.

Annexionen und Kontributionen und eine Nachkriegsordnung, die einen neuerlichen Krieg verhindern sollte.

Der Liberalismus war im langen 19. Jahrhundert seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts entstanden. Reinhart Koselleck hat für diese Phase der von ihm so genannten „Sattelzeit“ ein besonderes Verhältnis zwischen Erfahrungen und Erwartungen diagnostiziert. Danach waren bis in die Frühe Neuzeit Erwartungshorizonte und Erfahrungsräume in einem zyklischen Zeitverständnis aufeinander bezogen geblieben. Zwischen 1770 und 1850 brach diese Zeitvorstellung auseinander, weil die Erwartungen der Menschen im Zeitalter der Französischen Revolution weit über ihre Erfahrungen hinaussschossen.² Dieser besondere Überschuss an Erwartungen, an gleichsam antizipierter Geschichte, wirkte wie ein Motor für die moderne politisch-soziale Sprache und ihre ideologischen Grundbegriffe. Das galt in geradezu paradigmatischer Weise für den Liberalismus. Der Erste Weltkrieg kehrte diese Tektonik zwischen Erwartungen und Erfahrungen zunächst radikal um: Seit dem Sommer 1914 entlarvte der Krieg die politisch-konstitutionellen, aber auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittserwartungen, das ganze Erbe des 19. Jahrhunderts, mit dem sich zumal Liberale identifiziert hatten, als Szenarien, die der Dynamik der Gewalterfahrungen in diesem Krieg nicht mehr standhielten. Das Ergebnis war eine Glaubwürdigkeitskrise in nahezu allen Lebensbereichen: eine Krise der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch der ideologischen Entwürfe zur Rechtfertigung von Staaten und Reichen, von Nationen, Ethnien und Klassen.

Diese Krise wiederum ließ seit 1916/17 ein Vakuum entstehen, das sich als Nachfrage nach neuen Ordnungsmodellen zeigte, politischen und ökonomischen Modellen, aber auch solchen der internationalen Beziehungen. Und es erklärte die fast messianischen Hoffnungen, die sich ab 1917/18 vor allem auf den amerikanischen Präsidenten konzentrierten. Das galt für Europa, aber auch weit darüber hinaus. Der globale „Wilsonian Moment“ von 1918/19 illustrierte dann, wie enttäuschte Erwartungen, etwa auf eine kolonialkritische Umsetzung der Vierzehn Punkte, in Desillusion und Gewalt umschlugen.³ Der von Wilson vertretene Zusammenhang zwischen nationaler Selbstbestimmung und demokratischer Teilhabe fand jedenfalls in den europäischen Kolonialreichen der Briten und

² Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M 1989, S. 349-375.

³ Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2009.

Franzosen eine enge Grenze. Die zahllosen Gewalträume des Frühjahrs 1919, vom russischen Bürgerkrieg über Ägypten, Indien und Asien, unterstrichen, dass das Ende des Krieges nicht das Kontinuum der Gewalt unterbrach. So offenbarte sich nach 1918 ein grundsätzliches Dilemma der Politik. Die auf so vielen Ebenen provozierten Erwartungen im Zeitalter von Massendemokratie und Massenmedien ließen sich in der Praxis häufig nicht oder bloß unzureichend einlösen. Daraus entstanden neue Legitimationsprobleme. Die Handlungsspielräume nahmen im Spannungsfeld von Sagbarem und Machbarem tendenziell ab.

Das alles hatte gravierende Folgen für Liberale und Liberalismus. Schon während des Krieges erschienen viele Liberale in den europäischen Kriegsgesellschaften wie Anhänger einer überkommenen Idee von Staat und Gesellschaft, die den Herausforderungen des industrialisierten Krieges mit massenhaften Opfern nicht gewachsen schien. Vielen Zeitgenossen drängte sich der Eindruck einer bewahrenden, angesichts der Dynamik der Veränderungen fast rückwärtsgewandten Position auf, die jedenfalls keine positive utopische Qualität mehr aufwies. Im Kampf um die Zukunft der Geschichte schien ihnen jedenfalls keine starke Position mehr zuzukommen. Verwiesen Liberale auf geregelte politische Verfahren und inkrementale Entscheidungsprozesse, auf Parlamente und Verfassungen, so versprachen neue militärische und politische Kriegseliten einen hiatischen Durchbruch auf dem Weg zum Sieg. Das Beispiel der Dritten Obersten Heeresleitung in Deutschland unterstrich, dass in diesen Versprechen militärische und politische Ziele zunehmend verwischten. Wie sich Liberale vor diesem Hintergrund zur Erfahrung von Gewalt und Zwang während des Krieges und im Nachkrieg verhielten, ist in vergleichender Perspektive allenfalls in Ansätzen erforscht.

Seit 1916/17 nahm die Kritik am vermeintlichen Defätismus vieler Liberaler, die Unterstellung unpatriotischen Verhaltens spürbar zu, wenn Liberale die Suspendierung rechtsstaatlicher Prinzipien oder die schleichende Erosion von Parlamenten und Verfassungen kritisierten. Die Politik von David Lloyd George gegen die liberalen Kritiker der Wehrpflicht war dafür ein Beispiel, aber auch die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei. In Italien ließ sich die kollektive Enttäuschung über die „vittoria mutilata“, den „verstümmelten Sieg“, der in keinem Verhältnis zu den enormen Opfern des Krieges zu stehen schien, gegen den Liberalismus der Risorgimento-Phase instrumentalisieren. Dabei wurden die Grenzen zwischen außen- und innenpolitischen Themen durch den Krieg und die Konflikte über die Friedens- und Nachkriegsordnung zunehmend durchlässiger. Fragen von Grenz-

ziehungen, Territorien und Reparationsleistungen wurden unmittelbar relevant für innergesellschaftliche Konflikte um den Umgang mit dem Erbe des Krieges.

3. Belastungen und Offenheit der historischen Situation: 1918/19 als „liberal moment“?

Trotz dieser Belastungen war die Situation nach dem Ende des Krieges prinzipiell offen. Die Nachkriegsphase vorschnell auf ein von 1939/41 her gedachtes Vorspiel zum nächsten Krieg zu reduzieren, raubt dem Moment den Charakter einer „vergangenen Zukunft“. Gerade die Hoffnung vieler Zeitgenossen, dass dieser Krieg ein „war to end war“ sein müsse, war nach 1918 stark ausgeprägt.⁴

Auch andere Entwicklungen ließen sich positiv werten. Denn der Krieg bedeutete, darauf haben zuletzt Tim Müller und Adam Tooze zu Recht hingewiesen, den Durchbruch der modernen Massendemokratie als neue Handlungsgrundlage der Politik.⁵ Doch darf man diese Entwicklung nicht im Sinne einer Erfolgsgeschichte idealisieren. Ein solches Narrativ würde einen wesentlichen Aspekt unterschätzen: Der Übergang zur Demokratie vollzog sich nach über vier Jahren Krieg im Zeichen des massenhaften Kriegsopfers. Hinzu kamen in den formal demokratisch verfassten Nachkriegsgesellschaften neue Exklusionen auf unterschiedlichen Ebenen, etwa in der Suche nach vermeintlichen Schuldigen an unverarbeiteten Niederlagen oder unerfüllten Hoffnungen nach dem Sieg. Die Karriere der Dolchstoßlegende in Deutschland war dafür nur ein besonders krasses Beispiel. In den Nachfolgestaaten der multiethnischen Empires kam es zu langen und anhaltenden Konflikten um den Status ethnischer Minderheiten, die der Etablierung formal demokratischer Rechte Grenzen setzte. Die Kritik an überkommenen Ordnungsmodellen aus dem 19. Jahrhundert und die Erfahrung starker Kriegspolitiker mit charismatischem Anspruch – ob Georges Clemenceau in Frankreich oder Lloyd George in Großbritannien – verband sich mit der Frage, ob sich die neuen im Krieg entwickelten Politikstile auf die Nachkriegsgesellschaften wenden anwenden lassen. Viele Nachkriegsgesellschaften erwiesen sich angesichts der Umbrüche als anfällig für den autoritären Politikstil von Akteuren, die ihr Charisma als nationale Retter dem zurückliegenden Krieg verdankten. Das verband bei allen Unterschieden Hin-

⁴ Herbert George Wells, *The War That Will End War*, London 1914.

⁵ Tim B. Müller und Adam Tooze, *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015.

denburg in Deutschland, Mannerheim in Finnland, Pilsudski in Polen, Horthy in Ungarn oder Pétain im Blick auf das Jahr 1940 in Frankreich miteinander.

4. Kontinuitäten und Brüche, Narrative und Teleologien

Ein Zeichen für die Offenheit der historischen Situation, aber auch für die Gefahr der Entkonturierung waren nach 1918 neue fluide Semantiken: Die Bedeutung der politischen Etiketten „liberal“, „demokratisch“ und „sozial“ mochten nicht völlig verwischen, aber der formale Übergang zur Massendemokratie und die neuen Vorstellungen sozialer Teilhabe ließen neue Kombinationen und Amalgamierungen entstehen. So stellte sich die Frage nach der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontur des Liberalismus. Die Schwierigkeit, zum Beispiel die eigene Position zwischen der Garantie des Eigentums und einem konsequenten Kampf gegen Kartelle zu bestimmen, verdeutlichte dieses Problem. Dazu kamen die oben skizzierten Herausforderungen, vor allem die durch Krieg und Nachkrieg enorm gesteigerten Erwartungen an die Politik und neue Kommunikations- und Politikstile.

Ein wichtiges Thema für die künftige Forschung stellt nach wie vor die Frage nach Kontinuitätslinien und Brüchen zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und den 1930er Jahren dar. Erinnerung sei in diesem Kontext nur an den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Reformpolitik in Deutschland und Großbritannien vor 1914, an den sozialen Liberalismus und die für diese wichtige programmatische Fortentwicklung gleichsam zweite Sattelzeit um 1900, auch als Voraussetzung für liberale Politikagenden nach 1918. Insgesamt sollte die Forschung bei dieser Frage weniger nach dem Schema von „vorher“ und „nachher“ folgen, sondern sich auf den Modus der Beschleunigung konzentrieren: Wo wirkten Weltkrieg und Nachkriegszeit als Katalysator von bereits vorhandenen Tendenzen und Entwicklungen, wo entstand etwas qualitativ Neues? Was genau wurde aus der Identifizierung des Liberalismus als „bürgerlicher Ideologie“ nach 1918, was genau hieß „bürgerlich“ nach den Erfahrungen des Krieges in verschiedenen Gesellschaften?

Für viele der in der Forschung verwendeten Etiketten für den Liberalismus des 20. Jahrhunderts wie „Ordo-“ oder „Konsensliberalismus“ gilt das hermeneutische Grundproblem vieler aus dem Rückblick formulierter Begriffe. Sie entstehen aus dem Wissen um die Ergebnisse, Wirkungen und Konsequenzen historischer Prozesse, sie homogenisieren und strukturieren die Komplexität der Vergangenheit retrospektiv. Dieser Logik des Rückblicks, welcher der Historiker nicht entgehen kann, muss man sich bewusst bleiben. Im Falle des

Liberalismus ist die Vielzahl solcher Etiketten im 20. Jahrhundert durchaus auch ein Symptom: Wir können den Liberalismus nicht allein als permanente Erosions- und Niedergangsgeschichte erzählen, wie dies zumal in Deutschland im Blick auf den Aufstieg des Nationalsozialismus und das Ende der ersten demokratischen Republik häufig geschehen ist. Vielmehr offenbart sich in der längeren Perspektive eine ausgesprochene Anpassungsfähigkeit und Resilienz des Liberalismus unter immer wieder veränderten, immer wieder krisenhaften Bedingungen, in der Tony Judt das eigentlich überraschende Kennzeichen des Liberalismus im 20. Jahrhundert erkannte. Doch bildeten Krise und der permanente Druck, sich in Programmatik und Praxis stets neuen Gegebenheiten anzupassen, und eben nicht der ungebrochene Fortschritt auch im 19. Jahrhundert eher den Normalfall als die Ausnahme.⁶

5. Inhaltliche und methodische Perspektiven für die künftige Forschung

Wo liegen konkrete Perspektiven für die künftige Forschung zu Liberalen und Liberalismus nach 1918, und welche methodischen Herausforderungen sind damit verbunden?

a) Arbeit am Begriff: Die Phase nach 1918 war eine der Entkonturierung und Rekonturierung, nicht zuletzt auch in den politisch-sozialen Sprachen der Zeitgenossen. Als Ausgangspunkt bieten sich Untersuchungen zu den historischen Semantiken von „liberal“ und „demokratisch“, aber auch zu „sozial“ und „republikanisch“ an, nicht als isolierte Begriffsgeschichten, sondern als dichte Semantiken von Begriffsnetzen. Wie äußerten sich in neuen Komposita und Hybriden wie „sozial-liberal“ oder „demokratisch-liberal“ bestimmte Lernprozesse und Adaptionen? Welche Bedeutung kam dabei bestimmten Feindbildern wie zumal dem Antibolschewismus nach 1917 zu?

b) Varianten der Begriffsverwendung: Wie genau differenzieren wir als Historiker zwischen der historischen und der analytischen Begriffsverwendung? Welches Vorverständnis von Liberalismus bringen wir in unsere Untersuchungen mit, welche Ausschlusskriterien wenden wir an? Es macht einen erheblichen Unterschied, ob wir uns bei der Analyse auf den Liberalismus als ein Netz von politikmächtigen Ideen und Konzepten, auf eine konkrete Partei, auf eine Akteursgruppe, ein praktisches Politikfeld, einen intellektuellen Stil oder auf einen Habitus konzentrieren. Und gerade beim Liberalismus sind diese Varianten

⁶ Tony Judt und Timothy Snyder, Nachdenken über das 20. Jahrhundert, München 2013; Anselm Doering Manteuffel und Jörn Leonhard, Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie, in: Dies. (Hg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 13-32.

ausgesprochen kompatibel – auch dies eine Erbschaft aus dem 19. Jahrhundert, die sich im 20. Jahrhundert vielfach fortsetzte.⁷

c) Vergleich, Transfer, Verflechtung: Bislang dominiert in den Forschungen zum Liberalismus im 20. Jahrhundert noch immer häufig der Fokus auf deutsche und westeuropäische Entwicklungen. Auffallend ist auch die überraschende Resistenz von historiographischen Interpretationsmustern, die wie „Sonderentwicklung“, „Betriebsunfall“ und „Revision“ vor allem aus der deutschen Binnensicht stammen. Demgegenüber erscheint es sehr wichtig, die Vielfalt europäischer Erfahrungsräume viel ernster zu nehmen. Schon Charles Maiers Analyse „Recasting bourgeois Europe“ wies hier in eine wichtige Richtung. Wenn in Frankreich die Dritte Republik zunächst gestärkt aus dem Krieg hervorging, dann geschah das auch durch eine geschichtspolitische Integration in einer durchaus polarisierten Gesellschaft, nicht zuletzt durch die Anerkennung der Französischen Revolution als historischem Bezugspunkt. Was bedeutete das aber für französische Liberale, und wie kann man sie überhaupt nach 1918 verorten? Wie gingen Liberale in Großbritannien mit der neuen Rolle von Labour um, und ist es angesichts des fortwirkenden inkrementalen Reformparadigmas aus dem 19. Jahrhundert überhaupt fair, von einem „strange death of liberal England“ zu sprechen?⁸ Und wie verändert sich unser Bild, wenn wir die Vereinigten Staaten in dieses Bild miteinbeziehen, also die Enttäuschung der Progressivists, die auf den Krieg als Chance für ein neues, aktives Staatshandeln zur inneren Reform von Staat und Gesellschaft gesetzt hatten, aber auch die Durchsetzung der Position Franklin D. Roosevelts als Antwort auf die Krise seit Ende der 1920er Jahre? Warum gelang es andererseits den italienischen Faschisten, die Verantwortung für die Krise des Nachkriegs dem risorgimentalen „sistema liberale“ anzulasten? Wie stellte sich in Schweden die Entkoppelung einer demokratischen Praxis von liberalen Werten dar? Was bedeutete die Versäulung sozialer Milieus und ihre Erosion in den Niederlanden für die Liberalen? Und wie gingen Liberale in den neuen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas mit den anhaltenden und sich verschärfenden Problemen von Minderheiten um, wie mit der Spannung zwischen ethnischen Konflikten und formal demokratischen Regeln der neuen Nationalstaaten?

⁷ Jörn Leonhard, Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters, München 2001.

⁸ George Dangerfield, The Strange Death of Liberal England, London 1935.

Schließlich müssen wir auch danach fragen, wie eine globale Geschichte des Liberalismus unsere europäisch geprägten Interpretationen verändert. Schon der Blick auf den „Wilsonian Moment“ von 1918/19 unterstreicht die weltweite Dimension, die nicht auf europäische Nachkriegsgesellschaften verengt werden darf. Mit Antworten auf diese Fragen stehen wir allenfalls am Anfang, genauso wie beim Blick auf transnationale Aspekte, zum Beispiel in den neuen Internationalismen, den internationalen Beziehungen, in den Reaktionen auf wirtschaftliche und monetäre Verflechtungen wie im Falle der Reparationen.

d) Beschreibung und Erklärung: Für alle diese möglichen Themen aber gilt, dass keine noch so dichte Beschreibung von nationalen Varianten und transnationalen Verflechtungen eine analytische Erklärung auf der Basis präziser Leitfragen ersetzen kann. Deshalb kommt keine Untersuchung des Liberalismus nach 1918 ohne eine genaue Reflexion über das Verhältnis zwischen Erklärung und dem zu Erklärenden, zwischen „explanans“ und „explanandum“ aus.

ZITATION:

Jörn Leonhard: Impulsreferat für die Abschlussdiskussion: Liberale und Liberalismus nach 1918 – Herausforderungen und Forschungsperspektiven, in: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2015, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2015_leonhard.